

EINE S-Bahn für ALLE, Weidenweg 37, 10249 Berlin

Stefan Evers
Wahlkreisbüro Altglienicke
Wegedornstraße 48
12524 Berlin
buero@stefan-evers.de



EINE S-Bahn für ALLE
c/o Gemeingut in BürgerInnenhand e. V.
Weidenweg 37
10249 Berlin
info@bahn-fuer-alle.de

Berlin, 14. September 2023

Sehr geehrter Herr Evers,

vielen Dank für Ihre Antworten an UnterstützerInnen unseres Bündnisses, das sich für eine Berliner S-Bahn in öffentlicher Hand einsetzt. Wir begrüßen es, dass Ihre Regierung laut Koalitionsvertrag einen S-Bahn-Betrieb „aus einer Hand“ anstrebt und das Berliner S-Bahn-System „uneingeschränkt erhalten“ will.

Wir verstehen allerdings nicht, warum trotz dieser Ziele, trotz der Ausführungen in Ihrem Schreiben und trotz der ablehnenden Haltung der SPD dennoch ebenfalls im Koalitionsvertrag steht, dass die laufende Ausschreibung der Teilnetze Nord-Süd und Stadtbahn fortgeführt und bis 2024 abgeschlossen werden soll.

Die Vergabe könnte nicht nur zu unterschiedlichen Betreibern führen, sondern selbst im Falle, dass beide Lose (mit) an die S-Bahn Berlin GmbH der DB AG gehen würden, wären neben ihr erstmals mit Stadler und Siemens zwei private Unternehmen beteiligt. Mit der Vergabe geht deshalb zwingend die Teilprivatisierung und Zerschlagung des einheitlichen Systems der S-Bahn Berlin einher. Nur der Abbruch des Vergabeverfahrens kann den Betrieb aus einer Hand sichern und das einheitliche S-Bahn-System erhalten. Hierzu liegt ein juristisches Positionspapier von RA Benno Reinhardt vor (https://www.gemeingut.org/wordpress/wp-content/uploads/2021/06/Benno_Reinhardt_Positionspapier_Vergabe_S-Bahn_Berlin.pdf).

Wir befürchten auch, dass es besonders bei einer Vergabe beider Lose an die S-Bahn Berlin GmbH zu langwierigen Klagen von Mitbewerbern kommen könnte. Damit würde ein juristisches Tauziehen beginnen, das zum einen den reibungslosen Betrieb gefährden könnte. Zum anderen steigt mit dem Fortschreiten der Ausschreibung auch das Risiko einer – hohen – Entschädigungszahlung.

Wir halten die Vergabe auch für problematisch, da selbst die S-Bahn Berlin GmbH im Fall eines Zuschlags nicht ihre bestehenden eigenen Werkstätten nutzen könnte. Dass selbst in diesem Fall eine neue Werkstätte gebaut werden müsste, halten wir für eine unzumutbare Verschwendung von Ressourcen. Zudem drohen, wie der jetzige Regierende Bürgermeister Kai Wegner im Februar an UnterstützerInnen von uns zurecht schrieb, „viele ineffiziente Strukturen zwischen den Akteuren zu entstehen“.

Wir halten es für fraglich, ob die Vergabe angesichts der aktuellen Zinssteigerungen überhaupt noch wirtschaftlich wäre. Unseres Wissens wurde der wertmäßige Vorteil der Vergabe zuletzt mit 800 Millionen Euro angegeben, wobei diese Zahl vom Senat nie belegt wurde. Wir nehmen stark an, dass dieser Vorteil, so es ihn denn je gab, durch die Zinssteigerungen schon jetzt hinfällig wäre und bitten Sie, vor allem auch als Finanzsenator, die Kalkulation zu überprüfen.

Um die Vergabe zu stoppen, braucht es bald ein tragfähiges Konzept für eine Alternative. Die ehemalige Verkehrssenatorin Bettina Jarasch sagte uns bei der Übergabe von 10.328 Unterschriften gegen das Vergabeverfahren am 16. Januar 2023, sie habe die damalige Regierende Bürgermeisterin Frau Giffey gebeten, sich an den Bund zu wenden, ob dieser bzw. die DB AG dem Land Berlin die S-Bahn verkaufen würde. Wir haben diesbezüglich bei der neuen Verkehrssenatorin nachgefragt, ob die Anfrage erfolgt ist und nach dem Inhalt der Antwort.

Wir bitten Sie, sich konsequent gegen die Ausschreibung und für eine öffentliche S-Bahn aus einer Hand einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Ludwig Lindner
(Vorstand)

Carl Waßmuth
(Vorstand)

Anlage: Ihre Nachricht Schriftverkehr vom April 2023

----- Weitergeleitete Nachricht -----

Betreff: Ihre E-Mail vom 07.02.2023 zum Thema: Berlin und S-Bahn

Datum: Wed, 5 Apr 2023 06:56:41 +0000

Von: Vock, Coretta <Vock@cdu-fraktion.berlin.de>

Sehr geehrte Herr Waßmuth,

wir danken Ihnen für Ihre Anregung und möchten Ihnen wie folgt antworten:

Ihre Sorgen sind aus unserer Sicht vollkommen begründet und wir kritisieren das Konzept schon seit 2 Jahren. Die Grün-konzipierte S-Bahnausschreibung für die Teilnetze 2 und 3 ist extrem umständlich, kleinteilig und langwierig. Sie birgt darüber hinaus die Gefahr der S-Bahnnetz Zerschlagung. Hier sind aus unserer Sicht viele ineffiziente Schnittstellen zwischen den Akteuren zu erwarten, insbesondere im Betrieb und der Instandhaltung der verschiedenen Teilnetze sowie der Infrastruktur und im Verhältnis mit dem Verkehrsverbund.

Diese komplizierte Ausschreibung wird nicht nur zu einer Privatisierung von Profiten in der öffentlichen Daseinsvorsorge führen, denn es ist wirtschaftlich nachvollziehbar, dass ein privates Unternehmen, möglicherweise aus dem Ausland, sich nur zur Gewinnmaximierung auf eine öffentliche Ausschreibung bewirbt, sondern darüber hinaus steht zu befürchten, dass Privatunternehmen kein Interesse daran haben, das Gesamtsystem aus volkswirtschaftlicher Perspektive oder im Sinne des sozial-ökologischen Umbaus der Stadt weiterzuentwickeln (z.B. durch den Umbau von Taktverdichtungen). Gleichfalls ist mit der sog „Zerstörung“ des stehenden einheitlichen Berlin – Brandenburger S – Bahnnetzes zu rechnen. Eine Bindung an Privatunternehmen durch langfristige Verträge führt außerdem zum Verlust öffentlicher Gestaltungsmöglichkeiten in der Daseinsvorsorge.

Weiterhin besteht aus unserer Sicht die begründete Gefahr der Entlassung tausender Mitarbeiter. Aufgrund der befristeten Ausschreibungsdauer besteht für die Mitarbeiter keine langfristige Beschäftigungsperspektive, was zu einem Fachkräftemangel, insbesondere im Fahrdienst, führen wird. Es steht zu befürchten, dass sich die Arbeitsbedingungen durch Tariffucht, massiver Erschwerung zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Rechte, sowie diverser Möglichkeiten zum Aufbau von Subunternehmerpyramiden deutlich verschlechtern.

Auch der vielbeschworene „Wettbewerb auf der Schiene“ besteht aus unserer Sicht nicht. Wer schnell von A nach B kommen will nutzt den vor Ort angebotenen ÖPNV, auch wenn ihm der Service eines anderen Wettbewerbers an anderer Stelle vielleicht besser gefällt.

Die S-Bahn soll gemeinwohlorientiert zur Daseinsvorsorge und ohne private Profite betrieben werden.

Im Rahmen der Koalitionsverhandlungen haben wir uns daher dafür eingesetzt, dass die S-Bahn in einer Hand bleibt und dies im Koalitionsvertrag niedergeschrieben.

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Evers
Parlamentarischer Geschäftsführer